

77. Landesparteitag

Neumünster | 22. November 2025



Sicheres Schleswig-Holstein

**I. BSB SH
Feuerwehr**

**Leitantrag
des Landesvorstandes
an den Landesparteitag
der CDU Schleswig-Holstein**



1	Präambel.....	2
2	1. Wir stärken unsere Bundeswehr	2
3	Dienstpflicht einführen und Reserve aufbauen	3
4	Schnelle Beschaffung und gute Infrastruktur	4
5	Bundeswehr fördern und sichtbar machen	5
6	2. Wir ertüchtigen die Zivile Verteidigung.....	6
7	Ehrenamt stärken.....	9
8	Bürgerinnen und Bürger schützen	10
9	Selbstvorsorge stärken.....	11
10	3. Wir bekämpfen hybride Bedrohungen.....	12
11	Spionage und Sabotage verhindern.....	12
12	Wirksame Drohnenabwehr aufbauen	13
13	Zusammenarbeit im Ostseeraum stärken	15
14	4. Wir schützen und stärken unsere Wirtschaft.....	16
15	Kritische Infrastruktur schützen	18
16	Für Cyber- und Informationssicherheit sorgen	19
17	Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein legen	21
18	5. Wir machen Schleswig-Holstein resilienter	22
19	Desinformationen erkennen und bekämpfen	22
20	Konsequent gegen Hass und Extremismus vorgehen	24

21 **Präambel**

22 Die Sicherheit Deutschlands und Schleswig-Holsteins ist heute so stark bedroht wie seit
23 dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Die größte und direkteste Bedrohung geht dabei
24 von Russland aus, das im vierten Jahr einen brutalen und völkerrechtswidrigen
25 Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und weiter massiv aufrüstet. Der Krieg ist nach
26 Europa zurückgekehrt. Nahezu täglich werden im Bündnisgebiet und auch in Schleswig-
27 Holstein hybride Angriffe wahrgenommen. Spionage, Sabotage und Cyberangriffe werden
28 immer offensichtlicher und intensiver durchgeführt. Deutschland und die NATO sind im
29 Fadenkreuz feindlich gesinnter Kräfte. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein aufgrund
30 seiner geografischen Lage als Drehkreuz im Ostseeraum, als Landbrücke nach
31 Skandinavien und aufgrund seiner kritischen Infrastruktur. Seit längerem warnen die
32 Nachrichtendienste vor dieser Aggression und vor der Fähigkeit zu einem Angriff auf
33 NATO-Gebiet. Diese Bedrohung ist real und allgegenwärtig. Als eine der führenden
34 Nationen der EU und NATO hat Deutschland die Verantwortung, eine aktive Rolle in der
35 Sicherheitsarchitektur Europas zu übernehmen. Für die CDU Schleswig-Holstein ist
36 entscheidend: Unsere Sicherheitsarchitektur muss sofort an die neuen Bedrohungen
37 angepasst und unsere Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden. Dies erfordert auch die enge
38 Zusammenarbeit mit Nachbarländern sowie europäischen und internationalen Partnern.

39

40 **1. Wir stärken unsere Bundeswehr**

41 Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner wirtschaftlichen Stärke und
42 seines politischen Gewichts Drehscheibe für die Gesamtverteidigung in Zentraleuropa.
43 Dies bedeutet, dass wir im Herzen Europas ein wichtiger Knotenpunkt für militärische und
44 zivile Logistik sind. Die Kernaufgabe in Krisensituationen ist die schnelle Mobilisierung von
45 Truppen und Material sowie der Transport durch Deutschland in die Krisenregion und
46 zurück. Hier würden Reserven verlegt, versorgt und riesige Logistikketten möglicher
47 Konflikte laufen. Deutschland ist die zentrale Drehscheibe der NATO geworden und damit
48 von hoher strategischer Bedeutung im Falle eines Konflikts mit Russland.

49 Um die Infrastruktur und Ressourcen für diese Drehscheibenfunktion zu schaffen bzw.
50 auszubauen und für den Krisenfall vorbereitet zu sein, bedarf es eines
51 gesamtgesellschaftlichen Konsenses, der nur durch einen nationalen Dialog auf allen
52 Ebenen hergestellt werden kann. Nur so erhalten wir den notwendigen gesellschaftlichen
53 Rückhalt. Die Stärkung der Sicherheit umfasst dabei viele Dimensionen. Die
54 Leistungsfähigkeit der Streitkräfte ist ein zentraler Baustein. Dabei geht es nicht nur um

den bloßen Aufwuchs von Material und Personal, sondern um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine schnelle, effektive Verteidigung und Widerstandsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft ermöglichen. Die Punkte Schnelligkeit und Effektivität betreffen nicht zuletzt die Bundeswehrstrukturen selbst.

Dienstplicht einführen und Reserve aufbauen

Die CDU Schleswig-Holstein spricht sich für die sofortige Einführung der allgemeinen Dienstplicht aus. Bei der einzuführenden Dienstplicht sollte zwischen einem Dienst in den Streitkräften und einem zivilen Engagement gewählt werden können. Die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Optionen erhöht die Motivation der zum Dienst Verpflichteten. Die Einführung der allgemeinen Dienstplicht bietet zudem nicht nur vielfältige Möglichkeiten für das gesellschaftliche Engagement, sie würde gleichzeitig die Bundeswehr personell stärken. Für die Einhaltung der Bündnisverpflichtungen, aber auch für die territoriale Verteidigung Deutschlands braucht es zumindest die Einführung der Wehrpflicht für Männer und Frauen. Das jetzt vorgelegte Gesetz zum freiwilligen Wehrdienst kann nur ein erster Schritt auf diesem Pfad sein. Grundlage für eine Dienstplicht ist eine unverzügliche und vollständige Wehrerfassung aller Frauen und Männer. Die Wehrerfassung muss auch die Wiedernutzung von Bestandsdaten, die bis 2011 vorhanden waren, umfassen.

Gleichermaßen bedarf es einer starken Reserve. Die Gesamtverteidigung ist eine nationale Aufgabe der gesamten Gesellschaft, über alle Generationen hinweg. Wir brauchen ein gesamtstaatliches Bewusstsein und die Einsicht zur Notwendigkeit einer gut ausgebildeten und aktiven Reserve, die die Grundlage einer durchhaltefähiger Verteidigungsfähigkeit ist. Zur Stärkung der Reserve müssen Reservistinnen und Reservisten für Wehrübungen freigestellt werden. Neben dem Ausbau des militärischen Teils der Reserve ist es von großer Bedeutung, auch im zivilen Bereich eine Reserve aufzubauen, die in Not- und Krisenlagen schnell einsatzbereit ist und das stehende Personal unterstützen kann. Die zivile Reserve sollte ähnlich organisiert sein wie die militärische Reserve. Dazu sollte eine beordnete Reserve mit festen Spiegeldienstposten sowie eine unbeordnete Reserve als Personalersatz aufgebaut werden.

Die CDU Schleswig-Holstein fordert:

- die Einführung der allgemeinen Dienstplicht mit einem starken Ersatzdienst,
- alternativ die Einführung der Wehrpflicht für Männer und Frauen,
- den Ausbau der militärischen Reserve und einer zivilen Reserve im Rahmen der allgemeinen Dienstplicht.

89 **Schnelle Beschaffung und gute Infrastruktur**

90 Wir begrüßen, dass Deutschland sich zu den NATO-Zielen bei den Verteidigungsausgaben
91 bekennt und für diese eine Bereichsausnahme von der Schuldenbremse im Grundgesetz
92 verankert hat. Dies schafft die nötige Planungssicherheit für die Ausrüstung der Truppe.
93 Nicht zuletzt haben die Verzögerungen beim Digitalfunk deutlich gezeigt, dass es besser
94 aufgestellter Strukturen bei der Beschaffung der Bundeswehr bedarf, um den neuen
95 finanziellen Spielraum auch schnell nutzbar machen zu können.

96 Zudem bedarf die Aufwuchs- und Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte einer deutlichen
97 Steigerung der jährlichen Investitionen in militärische Infrastruktur. Dazu müssen die
98 gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen für schnellere und effektivere
99 Entscheidungsprozesse innerhalb der Bundeswehr geschaffen werden. In
100 herausfordernden Zeiten bilden Schnelligkeit und Effektivität die Basis für eine zeitnahe
101 und angemessene Reaktionsfähigkeit auf Lageänderungen. Das geplante Bundeswehr-
102 Infrastrukturbeschleunigungs-gesetz ist daher absolut zwingend. Die Vorlageverpflichtung
103 gegenüber dem Haushaltsausschuss sollte erst bei deutlich höheren Summen greifen. Die
104 Nutzung von Verpflichtungsermächtigungen ermöglicht bereits eine mehrjährige
105 Finanzplanung z. B. für Beschaffungen, die sich über einen langen Zeitraum erstrecken.
106 Zudem müssen bei besonders kritischer Ausrüstung Ausstattung wie Munition
107 Vorkehrungen getroffen werden, dass ein ausreichendes Angebot und eine ausreichende
108 Reserve sichergestellt sind.

109 Die Interoperabilität der Streitkräfte untereinander muss deutlich verbessert und
110 gemeinsame Fähigkeiten in NATO und EU müssen entwickelt werden. Hierzu dienen u. a.
111 die Formulierung gemeinsamer, wehrtechnischer Standards und die gemeinsame
112 Beschaffung von Rüstungsgütern. Die Schaffung eines EU-Binnenmarkts für
113 Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln muss ein weiteres Ziel sein. Dabei
114 sollten europäische Rüstungsprojekte verstärkt genutzt werden.

115 Zudem müssen Bauvorhaben der Bundeswehr und Infrastrukturmaßnahmen deutlich
116 beschleunigt werden. Bauvorhaben, die der nationalen Sicherheit und dem Erfüllen von
117 Bündnisverpflichtungen dienen, sind vorrangig zu realisieren, z. B. durch priorisierte
118 Planung und Durchführung, und müssen im überragenden öffentlichen Interesse liegen.
119 Auch bei zivilen Bauvorhaben sind verteidigungs-wichtige Aspekte verstärkt mitzudenken.

120 Um die Wiederaufrüstung der Bundeswehr zu ermöglichen, braucht es neben dem Neubau
121 vor allem den Erhalt bestehender Infrastruktur sowie den entsprechenden Ausbau.
122 Deswegen sollten bestehende Standorte erhalten werden wie etwa der Flugplatz Hohn.
123 Andere Standorte in Schleswig-Holstein müssen schnellstmöglich von der Bundesanstalt

124 für Immobilienaufgaben (BImA) dahingehend untersucht werden, ob eine
125 Wiederinbetriebnahme in Frage kommt. Dies stärkt die Bundeswehr und fördert auch die
126 betreffenden Kommunen.

127 Angesichts der strategisch bedeutsamen Lage Schleswig-Holsteins müssen
128 militärstrategische Aspekte bei den Planungs- und Bauvorhaben des Landes eine
129 entscheidende Rolle spielen. Hierfür wollen wir auch die im neuen Mehrjährigen
130 Finanzrahmen absehbar deutlich steigenden EU-Mittel für Military Mobility im Rahmen der
131 Connecting Europe Facility für Schleswig-Holstein nutzen. Beim Ausbau bzw. bei der
132 Instandhaltung der Straßen, Autobahnen, Häfen und Bahnstrecken müssen zukünftig
133 militärische und strategische Belange Beachtung finden. Dies gilt vor allem für den
134 Weiterbau der A 20.

135 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 136 • eine deutliche Beschleunigung von Beschaffungsverfahren,
- 137 • eine Verbesserung der Interoperabilität mit den Streitkräften der EU und NATO,
- 138 • die Beschleunigung von Bauvorhaben der Bundeswehr,
- 139 • den Erhalt bestehender und Reaktivierung ehemaliger Standorte,
- 140 • die Einführung des überragenden öffentlichen Interesses für Bauvorhaben der
- 141 Bundeswehr und sicherheitsrelevante Infrastrukturmaßnahmen,
- 142 • die Berücksichtigung militärstrategischer Anforderungen und Bedarfe bei der
- 143 Planung und dem Bau von Infrastrukturvorhaben.

144

145 **Bundeswehr fördern und sichtbar machen**

146 Zur Förderung der Bundeswehr wollen wir ein Bundeswehrfördergesetz erlassen, das die
147 effektive Verteidigungsfähigkeit des Landes sicherstellt. Mit diesem Gesetz soll der
148 Landesregierung ermöglicht werden, die Bundeswehr dabei zu unterstützen, ihren
149 Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung bestmöglich erfüllen zu können.
150 Darunter fallen insbesondere verschiedene Möglichkeiten der Nachwuchsgewinnung: Die
151 Bundeswehr soll zukünftig überall dort die Gelegenheit haben, Nachwuchs zu gewinnen,
152 wo andere Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes wie z. B. Polizei, THW und Verwaltungen
153 um Nachwuchs werben dürfen.

154 Zivil-militärische Forschungsprojekte sollen priorisiert gefördert werden. Dafür setzen wir
155 uns ein, um den ungehinderten Austausch zwischen Forschung und Bundeswehr bzw. der
156 Verteidigungsindustrie zu verbessern und damit der Bundeswehr ihren
157 verfassungsrechtlichen Auftrag zu ermöglichen. Dafür sollen auch sicherheits- und

verteidigungspolitische Forschung und Lehre an den Universitäten, Fachhochschulen und wissenschaftlichen Instituten im Land gezielt gefördert werden. Wir werden deshalb einen eigenen Lehrstuhl für Wehrtechnik in Schleswig-Holstein einrichten.

Die Sichtbarkeit der Streitkräfte in der Öffentlichkeit ist ein wesentlicher Bestandteil zur Steigerung der Anerkennung der Truppe. Die Stärkung der Sichtbarkeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit unterstreicht die Bedeutung der Streitkräfte als Teil der Gesellschaft. Außerdem verdient die Bundeswehr aufgrund ihres Einsatzes für die Sicherheit sowie die Wahrung der Freiheit und des Wohlstands des Landes die besondere Aufmerksamkeit, vor allem aber den Dank und die Anerkennung der Gesellschaft. Dazu tragen öffentliche Gelöbnisse aber auch Jugendoffiziere wesentlich bei, die künftig noch stärker die Möglichkeit bekommen sollen, in den Schulunterricht bei sicherheitspolitischen Themen eingebunden zu werden. Dies dient nicht der Werbung, sondern dem direkten und umfänglichen Informationsaustausch, um das Verständnis für den Verteidigungsauftrag unserer Bundeswehr zu stärken und eine Brücke zu den Menschen hinter der Uniform zu schlagen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir zudem mit eben diesen Zielen die öffentliche Begehung des Veteranentages in Schleswig-Holstein um den 15. Juni.

Die CDU Schleswig-Holstein fordert:

- eine Erleichterung und Intensivierung der Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr, insbesondere einen erleichterten Zugang zu Schulen und Hochschulen,
- eine Regelung im Hochschulgesetz, die grundsätzlich und ausdrücklich die Dual-Use-Forschung erlaubt. Grundsätzlich gilt: In Schleswig-Holstein besteht keine Hinderung von Forschenden (sog. Zivilklausel) an den Hochschulen,
- einen eigenen Lehrstuhl für Wehrtechnik in Schleswig-Holstein,
- eine verstärkte Öffnung der Forschungsprogramme auf Bundesebene für nicht-zivile Nutzen,
- mehr Gelöbnisse, Heimkehrer-Appelle oder feierliche Antreten zu besonderen Anlässen (z. B. Standortjubiläen etc.) in der Mitte unserer Städte und Gemeinden stattfinden zu lassen.

2. Wir ertüchtigen die Zivile Verteidigung

Schleswig-Holstein ist aufgrund seiner geografischen Lage als Drehkreuz im Ostseeraum von herausragender Bedeutung für den Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Die verbündeten NATO-Streitkräfte sowie die

192 Bundeswehr sind bei der Umsetzung des OPLAN DEU auf die Mitwirkung der zivilen Kräfte
193 der Länder angewiesen. Zur Wahrung des Schutzversprechens gegenüber unseren
194 Bürgerinnen und Bürgern müssen wir daher der Zivilen Verteidigung denselben
195 Stellenwert wie der militärischen Verteidigung einräumen. Deswegen hat das Land
196 Schleswig-Holstein als erstes Bundesland eine Task Force „Zivile Verteidigung“ errichtet,
197 um die Bundeswehr bei der Umsetzung des OPLAN DEU zu unterstützen. Gleichzeitig
198 wollen wir den OPLAN SH erarbeiten und bis 2029 umsetzen. Dafür sind die vier Säulen der
199 Zivilen Verteidigung entscheidend: Die Aufrechterhaltung der Staats- und
200 Regierungsfunktionen, der Zivilschutz, die Versorgung der Bevölkerung und die
201 Unterstützung der Streitkräfte.

202 Wir müssen die Staats- und Regierungsfunktionen in Schleswig-Holstein im
203 Verteidigungsfall gewährleisten. Das gilt auch für die Polizei, die Rettungsdienste, die
204 medizinische Versorgung, die Mitwirkung der Medien sowie die öffentliche Sicherheit und
205 Ordnung. Dafür wollen wir ein Zentrum für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in
206 Kiel aufbauen und den Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen personell besser ausstatten.
207 Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein wollen wir den baulichen
208 Bevölkerungsschutz gezielt ausbauen. Die Versorgung der Bevölkerung sowie der Bundes-
209 wehr und verbündeter Streitkräfte müssen wir jederzeit sicherstellen. Dies umfasst auch
210 die Lebensmittel-, Wasser- und Energieversorgung sowie die Aufrechterhaltung des
211 Verkehrs. Um diese Aufgaben zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen,
212 müssen wir im ersten Schritt die Zivile Alarmplanung auf Landesebene und kommunaler
213 Ebene vorantreiben. Die Zivile Alarmplanung ist ein zentrales Instrument, um im
214 Zustimmungs-, Spannungs-, Verteidigungs- oder Krisenfall die zügige Umsetzung ziviler
215 Schutz- und Versorgungsmaßnahmen sicherzustellen, sowohl für die Bevölkerung als auch
216 zur Unterstützung der Streitkräfte.

217 Für die Gesamtverteidigung müssen Bund, Länder und Kommunen die erforderliche
218 Finanzierung im Rahmen ihrer Aufgaben bereitstellen. Dabei obliegen die Ausgaben der
219 Zivilen Verteidigung im ganz überwiegenden Teil dem Bund. Deswegen setzen wir uns als
220 CDU Schleswig-Holstein beim Bund dafür ein, die notwendigen Schritte für eine
221 auskömmliche Finanzierung in enger Abstimmung mit den Ländern sicherzustellen. Ein
222 sofortiges Sonderprogramm für die zivile Verteidigung, um nationale Reserven zu
223 verstärken, Schutzräume zu schaffen und die Warninfrastruktur auszubauen, wäre der
224 richtige Schritt. Hierfür bietet die Entscheidung des Bundes, nicht nur die Ausgaben für die
225 Verteidigung, sondern auch für den Zivil- und Bevölkerungsschutz von der
226 Schuldenbremse auszunehmen, die Grundlage für eine schnelle Ausfinanzierung der
227 konkreten Maßnahmen der Zivilen Verteidigung. Gleichzeitig ist die Überarbeitung der
228 Bundesgesetze im Bereich der Bundesauftragsverwaltung notwendig, um konkrete zivile

229 Hilfeleistungen festzuschreiben und damit einen verbindlichen Rechtsrahmen für Länder
230 und Kommunen zu gewährleisten. Dafür werden wir uns ebenfalls einsetzen. Wichtig ist,
231 dass die finanziellen Mittel zügig in den Aufbau der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands
232 fließen. Dafür kann der vom Bund geplante „Pakt für den Bevölkerungsschutz“ einen
233 wichtigen Meilenstein bilden. Diese Vereinbarung sollte aber nicht nur zwischen dem Bund
234 und den Ländern geschlossen, sondern auch auf die Kommunen ausgeweitet werden. Nur
235 so können nachhaltige Investitionen in die Ausstattung, insbesondere bei Unterbringung,
236 Fahrzeugen und IT-Infrastruktur, sichergestellt werden.

237 Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt die Gründung des Nationalen Sicherheitsrates auf
238 Bundesebene als Schnittstelle zwischen innerer, äußerer, wirtschaftlicher und digitaler
239 Sicherheit und die geplante Einbindung der Länder. Relevante Erkenntnisse, Planung,
240 strategische Vorausschau und Entscheidungsbedarfe müssen von Bund, Ländern und
241 Kommunen unbedingt zusammengeführt werden. Zivile Verteidigung endet jedoch nicht
242 an nationalen Grenzen. Schleswig-Holstein soll aktiv in europäische Resilienz-Netzwerke
243 und den EU-Katastrophenschutz-mechanismus (rescEU) eingebunden werden.
244 Gemeinsame Frühwarnsysteme, Notfallplanungen und Ausbildung sollten europäisch
245 abgestimmt werden.

246 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 247 • die Unterstützung der Bundeswehr bei der Umsetzung des OPLAN DEU durch die
248 Task Force „Zivile Verteidigung“,
 - 249 • die Erarbeitung und Umsetzung des OPLAN SH bis 2029,
 - 250 • die Umsetzung der vier Säulen der Zivilen Verteidigung in Schleswig-Holstein bis
251 2029 einschließlich der Festlegung eines konkreten Meilensteinplans für Land und
252 Kommunen,
 - 253 • die Erarbeitung einer zivilen Alarmplanung zur Sicherstellung der unverzüglichen
254 Umsetzung von zivilen Maßnahmen zum Schutz und zur Versorgung der
255 Bevölkerung,
 - 256 • die Ausfinanzierung der Maßnahmen zum Aufbau der Zivilen Verteidigung durch
257 den Bund auf Grundlage der Bereichsausnahme der Schuldenbremse,
 - 258 • eine Aktualisierung der Bundesgesetze für einen verbindlichen Rechtsrahmen für
259 Länder und Kommunen sowie eine Kostenübernahme des Bundes für die Zivile
260 Verteidigung,
 - 261 • ein Sofortprogramm des Bundes für die zivile Verteidigung, um nationale Reserven
262 zu verstärken, Schutzräume zu schaffen und die Warninfrastruktur auszubauen,
 - 263 • den Aufbau eines Zentrums für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Kiel.
- 264

265 **Ehrenamt stärken**

266 Für die CDU Schleswig-Holstein ist klar: Eine abschreckende Gesamtverteidigung erfordert
267 ein starkes Ehrenamt im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes. Kaum eine Aufgabe
268 ist für unser Gemeinwesen von so elementarer Bedeutung wie der Schutz unserer
269 Bevölkerung – und kaum eine Aufgabe wird so sehr von engagierten Menschen vor Ort
270 getragen wie diese. Ob ehrenamtlich im Katastrophenschutz, in der Freiwilligen
271 Feuerwehr, bei den Hilfsorganisationen, dem Technischen Hilfswerk oder hauptamtlich in
272 den Verwaltungen unserer Städte, Ämter und Gemeinden – sie alle leisten tagtäglich einen
273 entscheidenden Beitrag für die Sicherheit in Schleswig-Holstein.

274 Das ehrenamtliche Fundament müssen wir durch konkrete Anreize weiter stärken. Denn
275 wir brauchen dringend mehr Menschen – ob jung oder alt –, die sich im Zivilschutz
276 engagieren. Dafür wollen wir die Aus- und Fortbildung in ehrenamtlichen und
277 hauptamtlichen Strukturen ausbauen. Bei der Landesfeuerwehrschule wollen wir eine
278 Akademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung entwickeln. Der Standort der
279 Landesfeuerwehrschule in Harrislee soll dabei um einen zweiten Standort im Land
280 erweitert werden. Gleichzeitig brauchen ehrenamtliche Hilfsorganisationen unsere
281 Unterstützung beim Anwerben weiterer Helferinnen und Helfer sowie bei der Ausweitung
282 ihrer Aus- und Fortbildungskapazitäten.

283 Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind häufig in mehreren Hilfsorganisationen
284 „parallel“ aktiv. Gleichzeitig können sie durch ihren Beruf (z. B. Polizei, Streitkräfte,
285 Gesundheitswesen) im Krisen-, Spannungs- oder Verteidigungsfall unabdingbar sein. Im
286 Zivilschutzfall können Helferinnen und Helfer nur eine Aufgabe wahrnehmen. Deswegen
287 benötigen wir eine zentrale Übersicht über die Personenstärke unserer Helferinnen und
288 Helfern, um gezielter planen und konkrete Bereiche stärken zu können. Daher wollen wir
289 eine digitale Abfrage zur Ermittlung der tatsächlich verfügbaren ehrenamtlichen Kräfte
290 etablieren.

291 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 292 • die Ausweitung von Aus- und Fortbildung im Zivilschutz,
- 293 • die Entwicklung einer Akademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung bei
294 der Landesfeuerwehrschule,
- 295 • die Stärkung der finanziellen Unterstützung der ehrenamtlichen Organisationen,
- 296 • die Erstellung einer Übersicht der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im
297 Rahmen der Zivilen Verteidigung mit dem Ziel der Sicherstellung eines
298 ausreichenden tatsächlich verfügbaren Kräftepotenzials.

299 **Bürgerinnen und Bürger schützen**

300 Resiliente zivile Strukturen sind wichtig für eine wirksame Gesamtverteidigung und
301 erfolgreiche Abschreckungswirkung. Ein zentrales Element dafür ist ein funktionierendes
302 und redundantes Warnsystem, das alle Bürgerinnen und Bürger schnell und zuverlässig
303 erreicht. Neben digitalen Warn-Apps, Cell Broadcast und Rundfunkdurchsagen müssen wir
304 auch unsere Sirenen schneller ertüchtigen. Gerade nachts, bei Stromausfällen oder in
305 Gebieten mit schlechtem Mobilfunkempfang können Sirenen Leben retten. Schleswig-
306 Holstein setzt mit dem umfassenden landeseigenen Sirenenförderprogramm bereits
307 bundesweit Maßstäbe. Mit einem weiteren Förderprogramm haben wir eine
308 Anschubfinanzierung für die flächendeckende Einrichtung von Notfallinfopunkten
309 geleistet, damit die Bevölkerung auch im Krisenfall gut informiert ist und Notrufe abgesetzt
310 werden können.

311 Für die CDU Schleswig-Holstein ist entscheidend, dass die Bevölkerung nicht nur gewarnt
312 wird, sondern auch Schutz finden kann. Mit den früher üblichen Bunkeranlagen lässt sich
313 dieses Ziel jedoch nicht erreichen. Seit dem Jahr 2007 hat der Bund im Zuge der
314 Friedensdividende öffentliche Schutzräume sukzessive rückabgewickelt. Die noch
315 bestehenden Anlagen sind derzeit weder funktionstüchtig noch einsatzbereit. Daher
316 erarbeitet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zurzeit mit
317 Unterstützung des Bundes und der Länder eine nationale Schutzraumstrategie. Dabei
318 werden insbesondere öffentliche Gebäude und private Immobilien erfasst, die als
319 öffentliche Zufluchts- und Schutzorte genutzt werden können. Diese Schutzraumstrategie
320 wollen wir für Schleswig-Holstein ausbauen. Bei geeigneten Neubauten und Sanierungen
321 von öffentlichen Gebäuden des Landes und der Kommunen – wie Schulen,
322 Jugendherbergen, Krankenhäusern, Feuerwehrhäusern – sollten Zufluchts- und
323 Schutzräume für Bürgerinnen und Bürger mitgedacht und geschaffen werden. Wir setzen
324 uns dafür ein, dass der Bund die Finanzierung der Schutzräume sicherstellt.

325 Darüber hinaus wollen wir die Bevorratung der Notfallausstattung als Reserve für die
326 Grundversorgung der Bevölkerung weiter ausbauen. Schleswig-Holstein verfügt bereits
327 über ein Katastrophenschutzlager mit verschiedenen Geräten und Materialien zur
328 Bewältigung von Krisen- und Katastrophenfällen wie zum Beispiel mobile
329 Notstromaggregate. Diese logistische Infrastruktur müssen wir zügig weiter ausbauen und
330 nördlich des Nordostseekanals einen zweiten Standort errichten. Gleichzeitig sind auch
331 Kommunen gefordert, die Krisenresilienz der Städte und Gemeinden zu stärken. Im ersten
332 Schritt wollen wir die erfolgreiche Fahrzeug-Sammelbeschaffung mit Kommunen auch auf
333 die Beschaffung von Notstromaggregaten ausweiten.

334

335 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 336 • den schnellen Ausbau von Sirenen zur Warnung der Bevölkerung,
- 337 • bei Neu- oder Umbau von öffentlichen Liegenschaften Notunterkünfte und
- 338 Schutzräume zu ertüchtigen,
- 339 • im Rahmen des Krankenhausbaus die besonderen Anforderungen von Krisenfällen
- 340 zu berücksichtigen, zum Beispiel durch die Erhöhung der Behandlungskapazitäten,
- 341 • den Ausbau des Katastrophenschutzlagers sowie der Bevorratung der
- 342 Notfallausstattung zum Schutz der Bevölkerung.

343

344 **Selbstvorsorge stärken**

345 Die vergangenen Jahre haben uns eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig ein
346 leistungsfähiger Bevölkerungsschutz ist. Unsere Strukturen sind bereits deutlich robuster
347 als vor einigen Jahren. An der Robustheit unserer Strukturen müssen wir gemeinsam
348 weiterarbeiten. Doch die notwendigen staatlichen Vorbereitungen werden allein nicht
349 ausreichen. Auch Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf Krisen und Katastrophen
350 vorbereiten. Über Jahrzehnte haben wir in Deutschland von einer Zeit des Friedens und der
351 Stabilität profitiert. Viele Menschen sind es daher nicht mehr gewohnt, über Notfälle oder
352 längere Ausfälle kritischer Infrastruktur nachzudenken und Vorräte für mindestens drei
353 Tage anzulegen. Deswegen muss auch die Selbstvorsorge wieder stärker ins Bewusstsein
354 rücken. Hierfür gibt es umfangreiche und frei zugängliche Empfehlungen des Bundesamts
355 für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – von detaillierten Checklisten über
356 Vorratstabellen bis hin zu Anleitungen für Notgepäck. Diese Empfehlungen des Bundes
357 wollen wir unterstützen und eine landeseigene Kampagne ins Leben rufen, die über
358 Notfallvorsorge, Selbsthilfemaßnahmen und Erste-Hilfe-Kenntnisse aufklärt.

359 Neben der Stärkung der Selbstvorsorge müssen wir Kapazitäten für eine Grundausbildung
360 im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes schaffen. Wir brauchen auch
361 Ausbildungsangebote für sogenannte ungebundene Helferinnen und Helfer, die keiner
362 Einsatzorganisation angehören, die aber in Krisen und Katastrophen helfen wollen. Wir
363 sehen es als notwendig an, diese Ausbildungsangebote auch an allen schulischen und
364 beruflichen Ausbildungseinrichtungen anzubieten. Es ist zwingend notwendig, auch junge
365 Menschen durch Trainings auf Krisen vorzubereiten. Deswegen wollen wir an Schulen,
366 Hochschulen und allen weiteren Ausbildungseinrichtungen Zivilschutz-Übungen
367 etablieren.

368

369 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 370 • eine Informationskampagne für Schleswig-Holstein zum Thema
371 „Selbstschutz/Selbstvorsorge“,
- 372 • die Stärkung der Ausbildung für ungebundene Helferinnen und Helfer,
- 373 • die Etablierung von Zivilschutz-Übungen an Schulen, Hochschulen und anderen
374 Ausbildungseinrichtungen.

375

376 **3. Wir bekämpfen hybride Bedrohungen**

377 Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat für die CDU Schleswig-Holstein oberste
378 Priorität. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind auch ganz
379 konkret in Schleswig-Holstein zu spüren. Sabotage, Spionage, Desinformation,
380 Cyberattacken, Verunsicherungskampagnen in der Bevölkerung sind typische Elemente
381 hybrider Kriegsführung. Ausländische Akteure nutzen diese, um unsere Gesellschaft zu
382 destabilisieren und unsere Demokratie zu untergraben. Das verlangt
383 umfassende Vorkehrungen bei der Bundeswehr sowie den Sicherheitsbehörden des
384 Bundes und der Länder.

385 **Spionage und Sabotage verhindern**

386 Gezielte Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur – etwa durch Störung von IT-Systemen,
387 Beschädigung von Unterwasserkabeln auf dem Meeresgrund oder das Ausspähen sensibler
388 Einrichtungen mittels Drohnen – dienen dem Zweck, Verunsicherung hervorzurufen und
389 das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates zu erschüttern. Deutschland und
390 Schleswig-Holstein, mit seiner Lage als Drehkreuz im Ostseeraum, brauchen einen
391 weitreichenden Schutzschirm, um die hybriden Angriffe insbesondere ausländischer
392 Akteure effektiv abzuwehren.

393 In den vergangenen Jahren wurde die Landespolizei um fast 900 Stellen verstärkt. Im
394 Landeskriminalamt wurde eine neue Cyber-Abteilung sowie eine Einheit gegen Spionage
395 und Sabotage aufgebaut. Diese vorausschauenden Entscheidungen haben unsere
396 Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt, schnell und konsequent gegen hybride
397 Bedrohungen vorzugehen. Die Durchsuchung des SCANLARK-Frachters ist ein Beleg für
398 das konsequente Einschreiten unserer Sicherheitsbehörden.

399 Die Zahl der Spionage- und Sabotageverdachtsfälle nimmt rasant zu. Schleswig-Holstein ist
400 Standort zahlreicher Bundeswehreinrichtungen, Rüstungs- und Zulieferbetriebe,
401 Forschungseinrichtungen sowie kritischer Infrastrukturen, die zum traditionellen

402 Zielspektrum der Spionage zählen. Auch kleinere und mittelständische Unternehmen, von
403 denen die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein geprägt ist, verfügen oftmals über
404 spezielles Know-how und können deshalb ein begehrtes Ziel von ausländischen
405 Nachrichtendiensten sein. Ausländische Akteure setzen sogenannte „Low-Level-Agenten“
406 oder „Wegwerf-Agenten“ ein, die von ausländischen Nachrichtendiensten angeworben
407 werden, um auszuspähen, Propaganda zu verbreiten oder zu sabotieren.

408 Wir müssen unsere Sicherheitsbehörden und Justiz weiter personell stärken, um die
409 Zunahme der hybriden Bedrohungen zu bekämpfen und zu verfolgen. Die Zusammenarbeit
410 mit dem Bund, anderen Ländern und Anrainerstaaten muss noch einmal intensiviert
411 werden. Gleichzeitig müssen wir unsere Sicherheitsgesetze nochmals aktualisieren, um
412 Spionage und Sabotage schneller zu bekämpfen. Dafür wollen wir ein Gesetz zum Schutz
413 der kritischen Infrastruktur (Landes-KRITIS-Gesetz) schaffen. Damit werden wir die
414 Eingriffsbefugnisse der Polizei erweitern und anlassunabhängige Kontrollmöglichkeiten
415 von Schiffen, wie denen der Schattenflotte, einführen. Auch die Vorschriften des
416 Präventivgewahrsams sowie der elektronischen Aufenthaltsüberwachung wollen wir zum
417 Schutz kritischer Infrastruktur erweitern.

418 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 419 • die Einführung eines Landes-KRITIS-Gesetzes zum Schutz kritischer Infrastruktur,
- 420 • die Aufnahme einer Legaldefinition des Begriffes „KRITIS“,
- 421 • anlassunabhängige Kontrollbefugnisse innerhalb eines Bereichs einer
- 422 Anlage/Einrichtung der KRITIS,
- 423 • anlassunabhängige Kontrollbefugnisse auf der Nord- und Ostsee,
- 424 • die Erweiterung der Vorschriften des Präventivgewahrsams und für den Einsatz der
- 425 elektronischen Fußfessel.

426

427 **Wirksame Drohnenabwehr aufbauen**

428 Deutschland muss seine Drohnenabwehr noch schneller aufrüsten. Schleswig-Holstein ist
429 längst aktiv geworden und leistet dazu seinen Beitrag. Die Landespolizei und der
430 Verfassungsschutz wurden mit zusätzlichen Expertinnen und Experten verstärkt. Die
431 Landespolizei hat bereits im Jahr 2024 Geräte zur Drohnenabwehr angeschafft und in
432 kürzester Zeit ein weitreichendes Drohnenabwehrkonzept erarbeitet, das sich in der
433 Umsetzung befindet. Dieses Konzept sieht für die Landespolizei ein stufenweises
434 Eingreifen sowie alle Möglichkeiten der Drohnenabwehr vor: detektieren, verifizieren und
435 intervenieren.

436 Gleichzeitig ist es aus Sicht der CDU Schleswig-Holstein notwendig, die Forschung und
437 Entwicklung sowie den Einsatz von Detektions- und Abwehrsystemen gegen Drohnen
438 voranzutreiben und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen, um den sicheren
439 Einsatz dieser Technologie zu gewährleisten. Die Landespolizei hat bereits eine gesetzliche
440 Grundlage zur Drohnenabwehr. In Schleswig-Holstein besteht also bereits die Möglichkeit
441 zum Detektieren, Verifizieren und – unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit – auch zum
442 Abschuss von Drohnen. Diese generelle Befugnis wollen wir konkretisieren, um der
443 Landespolizei einen noch klareren Rechtsrahmen zur Drohnenabwehr zu geben.

444 Darüber hinaus müssen die rechtlichen Befugnisse der Bundespolizei und der Bundeswehr
445 geschärft und erweitert werden. Ermüdende Debatten über Zuständigkeiten der
446 Sicherheitsbehörden sind dabei fehl am Platz. Die CDU Schleswig-Holstein vertritt die
447 Position, dass alle Sicherheitsbehörden die gleichen rechtlichen Möglichkeiten zur
448 Drohnenabwehr haben müssen. Das heißt gleiche und schlagkräftige Befugnisse für die
449 Bundespolizei, Landespolizei und die Bundeswehr, um Drohnen abzuwehren. Die
450 Bundeswehr darf nicht durch die Zäune der eigenen Liegenschaften beschränkt sein, sie
451 muss im Inland tätig sein dürfen. Dafür muss das Grundgesetz – Art. 35 Grundgesetz –
452 geändert werden, das bereits eine Bundeswehrunterstützung im Inland im Fall von
453 Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen ermöglicht. Im ersten Schritt
454 ist die Änderung des Luftsicherheitsgesetzes gleichwohl richtig, damit die Bundeswehr
455 schnellstmöglich bei der Abwehr von Drohnen technisch unterstützen darf. Um
456 militärische Drohnen abwehren zu können, muss der von der EU vorgeschlagene
457 Drohnenwall in Osteuropa auch in Schleswig-Holstein errichtet werden.

458 Die Bundesregierung hat ein neues Drohnenabwehrzentrum angekündigt, das nicht nur
459 Kompetenzen der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes sowie der Polizeibehörden der
460 Länder bündeln, sondern auch das Know-how und neue Forschungsprojekte initiieren soll.
461 Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Zentrum nach Schleswig-Holstein kommt.
462 Unsere Landespolizei hat sich ein hohes Know-how im Bereich der Drohnenabwehr
463 aufgebaut und prägt maßgeblich die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder.

464 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 465 • einen unverzüglichen Ausbau der Drohnenabwehr,
- 466 • die Schaffung einer Drohnen-Eingriffseinheit bei der Landespolizei,
- 467 • die Errichtung eines Schutzschirms in Schleswig-Holstein bestehend aus einem
468 Drohnenwall, um Bedrohungen Deutschlands und der NATO durch militärische
469 Drohnen abzuwehren,
- 470 • die Errichtung des Drohnenabwehrzentrums des Bundes in Schleswig-Holstein,

471

- 472 • die Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und die Schaffung einer
473 konkretisierten Befugnis für die Landespolizei zur Drohnenabwehr,
- 474 • im ersten Schritt die Änderung des Luftsicherheitsgesetzes, um die technische
475 Unterstützung der Landespolizei durch die Bundeswehr bei der Drohnenabwehr zu
476 ermöglichen, sowie die Änderung des Bundespolizeigesetzes,
- 477 • die Änderung des Grundgesetzes, um den Bundeswehreinsatz im Inland zur Abwehr
478 von Drohnen zu ermöglichen.

479

480 **Zusammenarbeit im Ostseeraum stärken**

481 Im Ostseeraum ist die gesamte maritime kritische Infrastruktur durch hybride
482 Kriegsführung gefährdet. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein mit seiner einzigartigen
483 geografischen Lage. Russland nutzt die sog. „Schattenflotte“ von getarnten Aufklärungs-
484 und Spionageschiffen, um unter dem Deckmantel von Fischereischutz oder
485 Frachtschiffahrt unsere Infrastruktur auszukundschaften beziehungsweise zu bedrohen.
486 Besonders im maritimen Raum befindet sich eine Vielzahl von Infrastruktur, die vor
487 Spionage und Sabotage geschützt werden muss – wie Unterseedatenkabel, Pipelines der
488 Energieversorgung, Offshore-Energieinstallationen sowie die jeweiligen Transfer- und
489 Transportrouten. Angesichts der Bedeutung dieser maritimen Infrastruktur setzen wir uns
490 als CDU Schleswig-Holstein für eine strategisch abgestimmte Stärkung der
491 Schutzvorkehrungen auf nationaler und europäischer Ebene ein. Dabei muss die
492 Zusammenarbeit nicht nur zwischen dem Bund, den Küstenländern und den
493 Anrainerstaaten, sondern insbesondere zwischen dem Staat und der Wirtschaft
494 intensiviert werden. Zugleich muss der Ostseerat als eine zentrale Institution zur
495 Förderung von Stabilität und Demokratie einbezogen werden.

496 Die CDU Schleswig-Holstein fordert eine Stärkung der Kontrollen und der gemeinsamen
497 Überwachung der Ostsee durch Anrainerstaaten. Gleichzeitig müssen die Sanktionen
498 gegen sogenannte russische Schattenflotten ausgeweitet werden. Der schlechte Zustand
499 dieser Flotten vergrößert immens die Gefahr von Umweltkatastrophen im Falle einer
500 Havarie. Deswegen ist es notwendig, eine entsprechende Versicherungspflicht für Schiffe –
501 unter Einhaltung des Völkerrechts – einzuführen. Darüber hinaus müssen wir eine
502 Radarabdeckung des gesamten Küstenmeeres sicherstellen. Eine lückenlose
503 Radarabdeckung auf See ist zur Überwachung der hybriden Bedrohungen von
504 entscheidender Bedeutung. Dafür setzen wir uns beim Bund ein.

505

506 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 507 • eine Stärkung der Kontrollen an Nord- und Ostsee zum Schutz der maritimen
508 kritischen Infrastruktur,
509 • eine Ausweitung der Sanktionen gegen sog. russische Schattenflotten,
510 • die Einführung einer Versicherungspflicht für Schiffe,
511 • eine lückenlose Radarabdeckung zur Überwachung von hybriden Bedrohungen.

512

513 **4. Wir schützen und stärken unsere Wirtschaft**

514 Die Gefahren unserer Zeit sind von hybrider Natur. Sie verknüpfen digitale Angriffe,
515 gezielte Desinformation, ökonomische Erpressung und brüchige Lieferketten zu einem
516 neuartigen Muster der Konfrontation. Insbesondere Akteure aus dem Ausland, die diese
517 Mittel anwenden, greifen nicht allein militärische Ziele an, sondern richten sich
518 unmittelbar gegen unsere Wirtschaft und damit gegen den Zusammenhalt unserer
519 Gesellschaft. Sicherheit muss deshalb ganzheitlich, mit Weitblick und Verantwortung
520 begriffen werden. Die CDU Schleswig-Holstein will Unternehmen und Verwaltung
521 schützen, unsere Infrastruktur robuster machen, die Energieversorgung und resiliente
522 Lieferketten sicherstellen und der Forschung einen verantwortungsvollen Rahmen
523 eröffnen. Nur auf diesem Weg bleibt Deutschland, bleibt Schleswig-Holstein ein Land, das
524 Freiheit, Wohlstand und Sicherheit auf Dauer gewährleisten kann.

525 Unser Land besitzt eine einzigartige geografische und infrastrukturelle Ausgangslage.
526 Häfen wie Kiel, Lübeck oder Brunsbüttel sind nicht nur Dreh- und Angelpunkte des
527 internationalen Güterverkehrs, sondern können – strategisch genutzt – zu Ankerpunkten
528 für Resilienz werden.

529 Wir müssen unsere Lieferketten krisenfest gestalten. Die Corona-Pandemie hat uns auf
530 drastische Weise vor Augen geführt, wie riskant Abhängigkeiten in der Energieversorgung
531 oder unzureichende Vorräte sind. Staatliche Lagerbestände müssen daher fortlaufend
532 überprüft und in enger Abstimmung mit den relevanten Branchen angepasst werden. Zum
533 Beispiel in der Ernährungsnotfallvorsorge sehen wir, dass sich der Bund auf den Weg
534 macht, um Strukturen zu stärken. Das unterstützen wir als CDU Schleswig-Holstein.
535 Darüber hinaus benötigen wir Produktionszentren für kritische Güter, von Arzneimitteln
536 über Halbleiter bis zu essenziellen Chemikalien, in Schleswig-Holstein, Deutschland und
537 zumindest auf Ebene der Europäischen Union. Monopollieferanten für lebenswichtige

538 Güter und Dienstleistungen sollen vermieden werden. Deutschland muss aktiv verlässliche
539 Handelsbeziehungen aufbauen und pflegen, aber auch eigene Strukturen entwickeln, um
540 in Krisen nicht von einzelnen Partnern abhängig zu sein. Auch die öffentliche Hand trägt
541 hierbei Verantwortung. Das Vergaberecht sollte dahingehend überprüft werden, regionalen
542 Anbietern mindestens in Krisensituationen den Vorrang bei der Beschaffung
543 sicherheitsrelevanter Güter geben zu können.

544 Die Energieversorgung bildet ein tragendes Fundament unseres Gemeinwesens. Eine
545 Mangellage im Strombereich zählt zu den gravierendsten und potenziell destabilisierenden
546 Risiken für Deutschland. Ein flächendeckender Blackout hätte milliardenschwere Folgen
547 und würde das Vertrauen in Staat und Wirtschaft schwer erschüttern. Der rasche Bau von
548 Spitzenlast-Gaskraftwerken (Wasserstoff-ready) und dezentralen Kraft-Wärme-
549 Kopplungs-Anlagen neben der Nutzung unserer erneuerbaren Energie könnte ein Weg
550 sein, um die Versorgung im Notfall zu gewährleisten. Dabei streben wir den Einsatz CO₂-
551 neutraler Brennstoffe wie Biogas oder synthetischer Energieträger an.

552 Doch Sicherheit der Versorgung erschöpft sich nicht im Energiesektor. Gerade in
553 Krisenzeiten wird die Telekommunikation zur kritischen Lebensader. Wenn die
554 eingeübten Kommunikationswege ausfallen, müssen wir sicherstellen, dass insbesondere
555 unsere kritische Infrastruktur geschützt und funktionsfähig ist. Deshalb haben wir mit dem
556 Projekt „Netzhärtung“ alle BOS-Standorte in Schleswig-Holstein mit einer autarken
557 Stromversorgung ausgestattet, die eine Betriebsdauer von mindestens 72 Stunden
558 gewährleistet. Darüber hinaus wurden die bisher verwendeten störanfälligen
559 Kupferleitungen durch eine moderne Glasfasertechnologie ersetzt.

560 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 561 • einen verstärkten Ausbau der Nutzung von grünem Wasserstoff im Land mit
562 besonderer Priorität für sicherheitsrelevante Anwendungen und Verbindung von
563 Produktion, Speicherung sowie Versorgung kritischer Infrastruktur,
- 564 • die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen zu schaffen, um mehr
565 Produktionsstätten für Schlüsseltechnologien und kritische Güter in Europa,
566 Deutschland und Schleswig-Holstein anzusiedeln und im Übrigen diversifizierte,
567 verlässliche Handelsbeziehungen mit Drittstaaten aufzubauen und zu pflegen, um
568 die Abhängigkeit in Krisen abzumildern,
- 569 • ein ganzheitliches Sicherheitsverständnis zu etablieren, das Wirtschaft, Verwaltung,
570 Energie, Kommunikation und Gesellschaft gleichermaßen einbezieht und hybride
571 Bedrohungen wie Desinformation oder Cyberangriffe abwehrt,
- 572 • Infrastruktur und staatliche Vorsorgestrukturen zu stärken, etwa durch
573 regelmäßige Überprüfung von Lagerbeständen, strategische Nutzung der Häfen als

574 Resilienzanker und den weiteren Ausbau der Netzhärtung im
575 Telekommunikationsbereich,
576 • das Vergaberecht anzupassen, um in Krisensituationen regionalen Anbietern
577 Vorrang bei sicherheitsrelevanten Beschaffungen zu geben und so
578 Versorgungssicherheit sowie wirtschaftliche Stabilität zu fördern.

579

580 **Kritische Infrastruktur schützen**

581 Die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur und ihre jederzeitige Verfügbarkeit
582 sind essenziell für das gesamte staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben. Für
583 die Zuverlässigkeit der Kritischen Infrastrukturen sind insbesondere deren Betreiber
584 verantwortlich. Sie ergreifen auf Basis gesetzlicher Regelungen oder auch freiwillig
585 eigenverantwortlich Maßnahmen, um die Resilienz der Kritischen Infrastrukturen zu
586 erhöhen. Kleinere Betreiber dürfen dabei nicht allein gelassen werden. Sie benötigen
587 staatliche Unterstützung. Gleichzeitig sind eine strengere Aufsicht, verbindliche
588 Mindeststandards und wirksame Sanktionen bei Pflichtverletzungen unabdingbar.

589 Dabei müssen die rechtlichen Mindeststandards zum Schutz von kritischer Infrastruktur
590 noch klarer formuliert werden. Das KRITIS-Dachgesetz des Bundes, das aufgrund
591 europäischer Vorgaben bis Oktober 2024 hätte in Kraft treten müssen, muss
592 schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Das Gesetz muss auf klare Vorgaben zur
593 Prävention, Vorbereitung, Bewältigung und Nachsorge von Störungen ausgerichtet werden.
594 Darüber hinaus sind alle Sektoren der kritischen Infrastruktur ausdifferenziert zu regeln.
595 Wir setzen uns dafür ein, diese Regelungslücken zu schließen, um die Resilienz von
596 kritischer Infrastruktur ganzheitlich zu erhöhen.

597 Es gehört zu den zentralen Aufgaben staatlicher und kommunaler Sicherheitsvorsorge,
598 kritische Infrastrukturen zu schützen und damit die Versorgung der Bevölkerung mit
599 lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Wir müssen unser
600 Katastrophenschutzlager im Land unter Berücksichtigung von Komponenten für kritische
601 Güter (z. B. Medikamente, Notstromaggregate, Lebensmittel) weiter ausbauen. Außerdem
602 gilt es, regionale Krisenmanagement-Zentren zu schaffen, die im Ernstfall schnell die
603 Wiederherstellung lebenswichtiger Dienste organisieren. Zudem müssen private Betreiber
604 stärker in nationale Notfallübungen und Krisenszenarien integriert werden, damit im
605 Ernstfall jeder Handgriff sitzt.

606 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 607 • eine Anpassung und schnelle Verabschiedung des KRITIS-Dachgesetzes durch den
608 Bund,
- 609 • eine konsequente Umsetzung von KRITIS-Standards, inkl. verpflichtender
610 Mindestschutzmaßnahmen,
- 611 • die Mitwirkung privater Betreiber an Notfallübungen und Krisenszenarien,
- 612 • die deutliche Ertüchtigung des Katastrophenschutzlagers im Land unter
613 Berücksichtigung der Bevorratung kritischer Güter.

614

615 **Für Cyber- und Informationssicherheit sorgen**

616 Digitale Technologien bilden das Nervensystem unserer modernen Welt. Sie sind Motor
617 unseres Wohlstandes und zugleich Angriffspunkt geopolitischer Rivalität. Wer im digitalen
618 Raum attackiert, zielt auf die Handlungsfähigkeit des Staates und die Stabilität unserer
619 Unternehmen ab. Besonders kleine und mittlere Unternehmen haben dabei oft nicht die
620 Ressourcen und das Wissen für den notwendigen Schutz oder eine Notfallvorsorge. Mit der
621 neuen Informationssicherheitsleitlinie und der Informations- und
622 Cybersicherheitsstrategie Schleswig-Holstein schaffen wir ein zukunftsfestes Fundament
623 für eine sichere digitale Entwicklung des Landes. Ziel ist der wirksame Schutz sensibler
624 Informationen und Systeme – damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sich
625 verlässlich sicher und resilient im digitalen Raum bewegen können.

626 Wir setzen verbindliche Standards für Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit von
627 Informationen – auf Basis der Vorgaben des BSI-Grundschutzes, der entsprechenden ISO-
628 Normen und der NIS-2-Richtlinie. Wir verbessern kontinuierlich unser
629 Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS), zentral koordiniert durch ein
630 zentrales IT-Management mit einem Chief Information Security Officer und einer
631 flächendeckenden dezentralen Umsetzung. Das CERT Nord unterstützt bei der Abwehr und
632 Analyse von Cyberangriffen. Es unterstützt landesweit Einrichtungen mit Lagebildern,
633 Sicherheitswarnungen und Handlungsempfehlungen. Kommunale Akteure können über
634 den ITV.SH eingebunden werden. Ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch, standardisierte
635 Meldewege und klare Eskalationsprozesse sind Schlüsselfaktoren für eine reaktionsfähige
636 Sicherheitsarchitektur. Diese stellt das CERT Nord sowohl in Richtung der beteiligten
637 norddeutschen Länder, der schleswig-holsteinischen Kommunen als auch Dataport sicher.
638 Mit unserer Informations- und Cybersicherheitsstrategie Schleswig-Holstein (ICS SH 2025)
639 stärken wir gezielt die Resilienz unseres Landes und machen Cybersicherheit zum festen
640 Bestandteil der Digitalstrategie Schleswig-Holstein.

641 Wir unterstützen auch unsere Wirtschaft, sich resilient aufzustellen: Ein möglicher Ansatz
642 wäre die Einrichtung sogenannter „Resilienz-Scouts“, mit Fokus auf Schlüsselbranchen,
643 die Unternehmen bei Analysen, Schulungen begleiten und im Ernstfall mit Soforthilfe
644 konkret unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime
645 im Landeskriminalamt weiter ausbauen. Sie berät Unternehmen sowohl bei konkreten
646 Cyberangriffen als auch zu Präventionsmaßnahmen. Dies gilt gleichermaßen für die
647 Sicherheitspartnerschaft zwischen der IHK Schleswig-Holstein, dem Innenministerium
648 und dem Wirtschaftsministerium, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der
649 Wirtschaft und den Sicherheitsbehörden fördert.

650 Indem das Land seine Kapazitäten über CERT-Nord stärkt und kommunale Cyber-
651 Response-Teams fördert, wird eine dezentrale, bürgernahe Reaktionsfähigkeit aufgebaut,
652 die auf digitale Angriffe schnell und zielgerichtet reagieren kann. Zudem müssen Melde-
653 und Analysepflichten für Cyberangriffe ausgebaut werden. Nur wenn Vorfälle umfassend
654 erfasst und in staatlich koordinierten Task-Forces ausgewertet werden, können sich
655 Unternehmen und Behörden rechtzeitig wappnen. Um Investitionen in Sicherheit attraktiv
656 zu machen, sollten Unternehmen dabei unterstützt werden, wenn sie in Cyberschutz,
657 Notfall-Redundanzen und Schulungen ihrer Mitarbeitenden investieren.

658 Darüber hinaus bedarf es einer neuen, präzisen Cyberstrategie, die Kräfte zusammenführt
659 und eindeutige Verantwortlichkeiten festschreibt. Eine nationale Schaltstelle für
660 Cybersicherheit könnte die Koordination übernehmen, bestehende Lücken schließen und
661 Parallelstrukturen verhindern. Idealerweise sollten Bund, Länder und Wirtschaft in einer
662 gemeinsamen Architektur wirken, damit wir in Deutschland der digitalen Bedrohungslage
663 gewachsen sind.

664 Die Informationssicherheit bildet einen weiteren wichtigen Pfeiler für ein Schutzkonzept
665 unserer kleinen und mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur. Dabei geht es um den
666 Schutz von Daten und Systemen vor unbefugtem Zugriff, Manipulation und Verlust, indem
667 sie die drei grundlegenden Schutzziele Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit
668 gewährleistet. Unternehmen sollen dafür sensibilisiert werden, neben technischen auch
669 organisatorische Maßnahmen in den Blick zu nehmen, wie den physischen Zugang zum
670 Unternehmen, den Umgang mit Informationen im Unternehmen und potenziellen
671 Sicherheitslücken.

672 Alle staatlichen Ebenen sowie die Wirtschaft sollen die digitale Souveränität erreichen.
673 Deshalb ist es richtig und wichtig, dass Schleswig-Holstein seinen Weg der digitalen
674 Souveränität weiterführt, in den anderen Ländern und auf Bundesebene dafür wirbt und
675 auch die kommunale Verwaltung mit Anreizen unterstützt.

676 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 677 • die Umsetzung der Informationssicherheitsleitlinie mit Entwicklung einer
678 Informations- und Cybersicherheitsstrategie Schleswig-Holstein,
- 679 • den Ausbau von CERT-Nord-Kapazitäten und die Förderung kommunaler Cyber-
680 Response-Teams als Kernbestandteil einer Cyber-Resilienz in Schleswig-Holstein,
- 681 • den Aufbau verbindlicher Risiko-Inventare und Schutzpläne für Unternehmen mit
682 kritischer oder sensibler Funktion,
- 683 • die Einführung und Förderung von „Resilienz-Scouts“ in Schlüsselbranchen, die
684 Risiken bewerten, Schulungen anbieten und Soforthilfe koordinieren,
- 685 • die Einführung erweiterter Melde- und Analysepflichten bei Cyberangriffen und
686 hybriden Bedrohungen,
- 687 • die Schaffung von Anreizen für Unternehmen, die in Cybersicherheit, Informations-
688 sicherheit, Notfall-Redundanzen und Mitarbeiterschulungen investieren,
- 689 • die Entwicklung einer neuen, fokussierten Cyberstrategie für Schleswig-Holstein
690 einschließlich Blackout-Plänen mit klaren Verantwortlichkeiten,
- 691 • die konsequente Fortführung der Open-Source-Strategie des Landes.

692

693 **Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein legen**

694 Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt seit Langem die Sicherheits- und
695 Verteidigungsindustrie in unserem Land. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur
696 Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union, der
697 NATO und ihrer Verbündeten. Besonders seit Beginn des andauernden
698 völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und der hybriden
699 Bedrohungen, die mit dieser Aggression einhergehen, ist politische Unterstützung mehr
700 als geboten, um die Kriegstüchtigkeit Deutschlands herzustellen.

701 Im Jahr 2024 zählte die Branche knapp 40 Unternehmen in Schleswig-Holstein, die rund
702 9.000 direkt in der Wehrtechnik Beschäftigten hochwertige Industriearbeitsplätze bot.
703 Indirekt für die wehrtechnische Industrie arbeiten weitere 15.000 Beschäftigte in
704 Schleswig-Holstein. Die Branche ist damit ein Garant für nachhaltige Wertschöpfung im
705 Land. Das Produktportfolio umfasst den Marineschiffbau, die Landsystemindustrie,
706 Kommunikationssysteme, Luftfahrtindustrie, Waffen- und Munitionsindustrie sowie
707 Sensorik-, Optik- und die Optronikindustrie. Ein Fokus liegt dabei auf den Werften für
708 den Marineschiffbau, der Industrie für Landsysteme und der Kommunikation.

709 Aufgrund des maritimen Know-hows in unserem Land begrüßt die CDU Schleswig-
710 Holstein ausdrücklich die Gründung des TechHUB SVI Nord, der eine Maklerfunktion,
711 also eine unabhängige Vermittlerrolle, zwischen (maritimer) wehrtechnischer Industrie
712 und Bundeswehr einnehmen soll. Besonders kleinen Unternehmen fehlt oft der Zugang
713 und das Know-how, um an Vergaben der Bundeswehr teilzunehmen. Der Hub soll hier
714 eine Schnittstelle bilden, um dabei zu unterstützen, die innovativen Produkte unserer
715 Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüssen von größeren und kleinen
716 Unternehmen in die Bundeswehr zu bringen. Gleichzeitig kann der Hub so dazu
717 beitragen, die Bundeswehr bestmöglich auszustatten. Dafür muss der TechHUB SVI Nord
718 über seine Gründungsausstattung hinaus weiter gestärkt werden.

719 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 720 • die zügige Beschaffung von wehrtechnischem Gerät durch den Bund und die
- 721 Schaffung von Planungssicherheit für die Unternehmen sicherzustellen,
- 722 • die Wertschöpfung, Beschäftigung und Leistungsfähigkeit im Land zu halten,
- 723 • eine Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportbestimmungen zu
- 724 erreichen,
- 725 • eine Verlässlichkeit von Exportgenehmigungen zu schaffen,
- 726 • die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten der wehrtechnischen Industrie
- 727 zu ermöglichen,
- 728 • die nationale Betreuungsfähigkeit sicherzustellen,
- 729 • den TechHUB SVI Nord weiter zu stärken.

730

731 **5. Wir machen Schleswig-Holstein resilienter**

732 Eine wehrhafte Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie in der Lage ist,
733 Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und ihnen wirksam standzuhalten. In Schleswig-
734 Holstein leben wir in einer offenen Gesellschaft, die von Freiheit, Pluralismus und
735 Rechtsstaatlichkeit geprägt ist. Diese Errungenschaften geraten zunehmend durch hybride
736 Angriffe, Desinformation, Extremismus und Radikalisierung unter Druck. Die CDU
737 Schleswig-Holstein steht für eine widerstandsfähige und resiliente Demokratie, die den
738 Angriffen auf unsere freiheitliche Ordnung mit klaren und wirksamen Antworten begegnet.

739 **Desinformationen erkennen und bekämpfen**

740 Die gezielte Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen aus dem In- und
741 Ausland fordert unsere Innere Sicherheit heraus. Dies geschieht insbesondere durch

742 gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung. Diese Praktiken werden durch falsche,
743 mittels Künstlicher Intelligenz erstellte Inhalte, wie zum Beispiel Deepfakes, verstärkt.
744 Ausländische Akteure versucht dabei, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und
745 unsere Demokratie zu destabilisieren.

746 Um die Resilienz gegen diese Einflussnahme von außen sowie unsere Demokratie
747 dauerhaft zu stärken, ist politische Bildung ein zentrales Fundament. Unsere Demokratie
748 muss wehrhaft bleiben – durch eine informierte Gesellschaft, die Desinformation und ihre
749 Zielsetzungen nicht nur erkennt, sondern diese auch aktiv entlarvt und so ihre
750 Wirksamkeit reduziert. Dazu braucht es mehr Medienkompetenz an Schulen, Hochschulen
751 sowie Weiterbildungsstätten. Auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir beim
752 Kampf gegen Fakenews und Desinformation stärker in die Pflicht nehmen. Um
753 Desinformationen schneller zu erkennen und ihnen entgegenwirken zu können, wollen wir
754 bei der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein ein Kompetenzzentrum zur Abwehr
755 von Desinformation einrichten. Es soll Desinformationen monitoren, Fakten prüfen und die
756 Öffentlichkeit sensibilisieren. Dafür wollen wir eine Online-Plattform DigitalCheckSH
757 etablieren, die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in mehreren
758 Sprachen über Desinformationen informiert und aufklärt. Darüber hinaus benötigt
759 Deutschland eine nationale Einrichtung, die Forschung, Entwicklung und operative
760 Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Cyberabwehr bündelt und steuert. Denn
761 Algorithmen, die Falschinformationen oder Deepfakes verbreiten, können nur von
762 Algorithmen und Künstlicher Intelligenz in Echtzeit erkannt, gemeldet und richtiggestellt
763 werden.

764 Der Verfassungsschutz und die dort angesiedelte zentrale Stelle „Hybride Bedrohung“
765 leisten durch Detektion und Ermittlung von Desinformationsakteuren einen großen Beitrag
766 im Umgang mit Desinformation. Dabei muss der Austausch zwischen Sicherheitsbehörden,
767 Wissenschaft und Medien intensiviert werden. Da sich Desinformationen heute mehr denn
768 je in digitalen Räumen verbreiten, müssen diese Inhalte von Plattformbetreibern
769 schnellstmöglich gelöscht werden. Der Digital Services Act 207 (DSA) nimmt Betreiber von
770 Social-Media-Plattformen wie Meta oder TikTok in die Verantwortung. Plattformbetreiber,
771 die ihrer Verantwortung nicht nachkommen, müssen sanktioniert werden.

772 Eine lebendige Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft. Wir fordern daher
773 die Einführung einer Digitalabgabe großer Plattformen und Tech-Konzerne. Diese Mittel
774 sollen zweckgebunden der Förderung regionaler und überregionaler Medienvielfalt
775 zugutekommen, um die demokratische Debattenkultur nachhaltig zu sichern.

776 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 777 • den Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung von Desinformationen,
- 778 • eine engere Zusammenarbeit mit Plattformbetreibern und klare gesetzliche
- 779 Vorgaben für schnelle Löschungen von Desinformationen auf Onlineplattformen,
- 780 • Sanktionen gegen Plattformbetreiber, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen,
- 781 • eine Digitalabgabe großer Plattformen und Tech-Konzerne,
- 782 • mehr Medienkompetenz in Schulen, Universitäten und Weiterbildungsstätten, um
- 783 Bürgerinnen und Bürger widerstandsfähig gegen Manipulation zu machen,
- 784 • eine Stärkung der politischen Bildung, um die Grundlagen unserer Demokratie
- 785 dauerhaft zu verankern,
- 786 • Forschung zu Produzenten, zur Wirkung von Desinformation und zu möglichen
- 787 Gegenmaßnahmen gezielt fördern.

788

789 **Konsequent gegen Hass und Extremismus vorgehen**

790 Hybride Bedrohungen spiegeln sich in der Zunahme von Spionage, Sabotage, aber auch in
791 digitalem Hass sowie Radikalisierung und Extremismus wider. Die Bekämpfung dieser
792 Bedrohungen gehört mittlerweile zum Alltag unserer Sicherheitsbehörden. Deswegen war
793 es genau richtig, unsere Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren massiv zu
794 verstärken und sie auf diese herausfordernden Zeiten vorzubereiten: sowohl personell als
795 auch durch moderne Ausstattung und die Implementierung von Künstlicher Intelligenz.
796 Außerdem haben wir neue Sicherheitsgesetze auf den Weg gebracht, die den
797 Sicherheitsbehörden zeitgemäße Eingriffsbefugnisse an die Hand geben.

798 Der Schutz unserer Demokratie hat auch eine europäische Dimension. Wir unterstützen die
799 „European Democracy Shield“- Initiative, die Mitgliedstaaten beim Schutz vor
800 Desinformation und Wahlbeeinflussung sicherstellen soll. Hass und Extremismus zeigen
801 sich heute digitaler, internationaler und vernetzter. Dafür sollen unsere schlagkräftigen
802 Cyber- und Ermittlungsstrukturen weiter verstärkt werden. Strafverfolgung muss auch bei
803 digitalen Hassdelikten konsequent erfolgen. Die Anonymität im Netz darf nicht zum
804 Freibrief für Hass, Gewalt und Extremismus werden. Deshalb fordern wir eine gesetzliche
805 Klarnamenpflicht bei der Registrierung in sozialen Netzwerken, flankiert durch
806 Schutzmechanismen für besonders gefährdete Gruppen. Behörden müssen die Möglichkeit
807 haben, Identitäten bei Strafverfahren schnell und unbürokratisch nachzuvollziehen.

808 Der Staat muss konsequent gegen Hass und Extremismus von innen und von außen
809 vorgehen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Integrität des öffentlichen Dienstes.
810 Extremisten haben dort keinen Platz. Notwendig sind daher konsequente

811 Sicherheitsüberprüfungen sowie eine schnellere Entfernung aus dem öffentlichen Dienst.
812 Ebenso fordern wir den Entzug von Waffen und Waffenscheinerlaubnissen bei Personen
813 mit extremistischem Hintergrund. Extremisten dürfen keinen Zugang zu Schusswaffen
814 haben. Wer durch ein extremistisches Weltbild unsere Sicherheit und Ordnung gefährdet,
815 darf keine waffenrechtlichen Erlaubnisse behalten. Der Entzug von Waffenbesitzkarten
816 und Waffenscheinen bei Personen mit extremistischem Hintergrund ist daher notwendig,
817 um Gefahren konsequent vorzubeugen und die innere Sicherheit zu stärken.

818 Ein konsequentes Handeln unserer Sicherheitsbehörden reicht allein nicht aus. Angesichts
819 wachsender gesellschaftlicher Spannungen, zunehmender Polarisierung und digitaler
820 Desinformation setzen wir gleichermaßen auf Maßnahmen der Prävention und
821 Deradikalisierung. Wir müssen tätig werden, bevor sich Menschen radikalieren. Vor allem
822 junge Menschen müssen vor dem Abgleiten in die Radikalität und den Extremismus
823 bewahrt werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Präventionsprogramme des
824 Bundes „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fortgeführt werden.
825 Dennoch sollten die Förderbedingungen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

826 **Die CDU Schleswig-Holstein fordert:**

- 827 • eine gesetzliche Klarnamenpflicht bei der Registrierung in sozialen Netzwerken,
- 828 • schlagkräftige Cyber- und Ermittlungsstrukturen, um extremistische Netzwerke
829 frühzeitig zu zerschlagen,
- 830 • konsequente Strafverfolgung auch digitaler Hassdelikte,
- 831 • konsequente Sicherheitsüberprüfungen bei der Einstellung und Entfernung
832 extremistischer Beamtinnen und Beamter und Angestellten aus dem öffentlichen
833 Dienst,
- 834 • den Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen bei Personen mit extremistischem
835 Hintergrund,
- 836 • die Fortsetzung der personellen und technischen Stärkung der Justiz, der Polizei
837 und des Verfassungsschutzes,
- 838 • die Fortführung der Präventionsprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammen-
839 halt durch Teilhabe“ bei kritischer Überprüfung der Förderbedingungen.